



Jugendantifa

BDB

Gegen Nazis und Nationen!

News

Material

Termine

Kontakt

Gästebuch

Hausprojekt

Links

lat / nle / nni t l a n s i t i s s a R

< Älter Seite 1 von 14

Krasti am 10. März 2012 in Aktuell 0 Kommentare

Ein halbes Dutzend Rechte haben in den späten Nachmittagsstunden des 25. Februar 2012 in Mueheln (Saalekreis/ Sachsen-Anhalt) einen türkischen Imbissbetreiber und seine Lebensgefährtin vor den Augen ihrer siebenjährigen Tochter angegriffen und in Todesangst versetzt. Nach diesem rassistischen Angriff steht die Kleinfamilie vor den Trümmern ihrer Existenz.

Unmissverständliche Morddrohung, Faustschläge und Fußtritte

Gegen 17 Uhr betraten sechs Unbekannte, darunter zwei Frauen, das erst vor knapp vier Monaten eröffnete „Grillhaus“. Bevor zwei der Männer den 25-jährigen Imbissbetreiber Yaşar N. (Name geändert) zu Boden warfen und auf ihn eintraten und -schlugen, drohte einer der Angreifer dem Paar: Wenn sie den Laden bis zum 20. April - dem Geburtstag des „Führers“ - nicht zumachen, seien sie „die 12. Person“, die in der Zeitung stünden. Bei dem Versuch, den Angriff zu beenden, wurde auch die kurdische Lebenspartnerin des Imbissbetreibers durch einen Faustschlag an der Schulter verletzt. Währenddessen machten sich die anderen aus der Gruppe lautstark über die Betroffenen lustig.

Erst als die 32-jährige, die die Angreifer immer wieder anschrie aufzuhören, zur Theke lief und ein Dönermesser in die Hand nahm, ließen die Angreifer von Yaşar N. ab. Erst jetzt gelang es ihm, die 7-jährige, die bis dahin alles hatte mit ansehen müssen, in einem kleinen Abstellraum in Sicherheit zu bringen. Währenddessen verließen die Angreifer das Lokal und die Betroffene bat eine Kundin, die Polizei zu alarmieren.

Kurz darauf versuchten mehrere Angreifer erneut, in den Verkaufsraum zu gelangen. Unter Aufbietung all ihrer Kräfte gelang es den Betroffenen, die Eingangstür zu verschließen, obwohl die Angreifer immer wieder von außen dagegen gedrückt und getreten und dem 25-jährigen durch den geöffneten Türspalt Faustschläge versetzt hatten. Dann zerstörten sie die Doppelglasscheibe in der Eingangstür, sodass beide Betroffenen durch Glassplitter verletzt wurden. Das Paar versteckte sich daraufhin in der Küche und rief noch zwei Mal über Notruf die Polizei. Dennoch dauerte es geraume Zeit, bis schließlich ein Streifenwagen vor Ort eintraf. In der Zwischenzeit hatten sich immer mehr Sympathisant_innen der Angreifer_innen vor dem Geschäft versammelt und verhöhnten die Betroffenen.

Existenzielle Notlage nach Angriff

Yaşar N. hatte vor dem Angriff gehofft, durch den Imbissbetrieb langfristig seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können. Doch nun ist seine Zukunft völlig ungewiss. Seit dem Angriff fühlen sich der Imbissbetreiber und seine Freundin im „Grillhaus“ nicht mehr sicher und fürchten angesichts der unmissverständlichen Drohung mit einer NSU-Nachahmertat um ihr Leben. Am Tag nach dem Angriff, als Yaşar N. einige Sachen aus seinem Imbiss holen wollte, waren mehrere Autos, in denen der Betroffene auch zwei der Angreifer wiedererkannte, mehrfach mit aufheulendem Motor an dem Geschäft vorbeigefahren. Zudem fand das Paar mehrere Aufkleber mit rechten Parolen am und in der unmittelbaren Umgebung des Imbiss vor.

Trotz seiner massiven Ängste war der Betroffene aufgrund finanzieller Nöte gezwungen, den Imbiss nach einwöchiger Pause wieder zu öffnen. Ein Teil der zuletzt für 680 Euro auf Kommission gekauften Lebensmittel konnte allerdings nicht mehr verarbeitet und verkauft werden. Viel schwerer aber wiegt, dass seit dem Angriff, der sich wie ein Lauffeuer in Mueheln herumgesprochen hat, die Kundschaft weitestgehend ausbleibt. Wovon der 25-Jährige die laufenden Kosten für Miete, Strom, Abwasser und Versicherung in Höhe von 1100 Euro monatlich begleichen soll, ist ungewiss. Auch die kaputten Scheibe im Wert von ca. 150 Euro, die nicht von der Versicherung abgedeckt ist, kann er momentan nicht ersetzen. Denn Yaşar N. verfügt über keinerlei finanzielle Rücklagen. Im Gegenteil: Für die nötige Renovierung und Ausstattung des erst Anfang November 2011 eröffneten Imbiss hat er sich um etliche tausend Euro verschuldet.

Eines steht für den 25-jährigen allerdings unumstößlich fest: Auf Dauer wird er nicht in

Type and Wait to Search

Aktuell



Anzeige



Mücheln bleiben. Zwar hat die Polizei mittlerweile umfangliche Maßnahmen zum Schutz des Imbiss getroffen. Doch die Angst vor einem erneuten Angriff bleibt, egal ob in Mücheln oder anderswo. Eine Perspektive als Imbissbetreiber ist für ihn momentan nicht vorstellbar. Sollte Yaşar N. zudem keinen Nachmieter für den Imbiss finden, der auch die neugekaufte Einrichtung übernimmt, steht er vor dem finanziellen Ruin.

Die Mobile Opferberatung bittet daher um Spenden für den entstandenen finanziellen Schaden: als deutliches Zeichen der praktischen Solidarität mit der betroffenen Familie und als klares Signal an die Täter_innen, dass rassistische Gewalt und die Verherrlichung der NSU-Morde nicht geduldet werden.

Spendenkonto:

Kontoinhaber: Miteinander e.V.

Konto-Nr.: 53 53 53

Bankleitzahl: 810 205 00

Verwendungszweck: Angriff Mücheln

2102 zräM .13 soos i lat ipaK nad negag gatsno i tka rhncs i äpporuE

Krastl am 29. Februar 2012 in Aktuell 0 Kommentare



Europa und die Europäische Union (EU) befinden sich im Ausnahmezustand. Seit Monaten spitzt sich die Kredit- und Schuldenkrise zu. Auf immer neuen Regierungskonferenzen werden Notprogramme beschlossen, um den Kapitalismus zu sanieren. Glaubt man Politik und Medien, drohen sonst Zusammenbruch, Rezession und neue Armut. Mit dieser Katastrophenrhetorik werden marktradikale Reformen durchgesetzt, die unsere Gesellschaft und unser Leben auf Jahrzehnte bestimmen – wenn wir uns nicht wehren. In den ersten Jahren der Krise hieß es, der Kapitalismus müsse gezügelt werden. Banken und Konzerne sollten einen Teil der Lasten tragen, die sie selbst mit verursacht hatten. Doch gerade passiert das genaue Gegenteil: Die EU, ihre Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten setzen auf mehr “Wettbewerb” und einen brutalen Sparkurs, um das “Vertrauen” und die Profite der Privatwirtschaft zu sichern. Genau damit aber bestätigen sie die destruktive Logik des Kapitalismus. Kapitalismus heißt Krise und Ohnmacht, Armut inmitten von privatem Reichtum. Organisieren wir uns für eine bessere Gesellschaft!

Die Krise hat System

Die kapitalistische Globalisierung der vergangenen Jahrzehnte hat die Konkurrenz der Unternehmen und Standorten zugespitzt. Alle führenden Industriestaaten haben ihre Märkte umfassend dereguliert. Sie haben soziale Sicherheiten gestrichen, öffentliche Güter privatisiert, die Rechte von Lohnabhängigen beschnitten und soziale Kontrollen verschärft, im Interesse eines möglichst ungehinderten kapitalistischen Wachstums. Doch selbst in Europa, auf der Sonnenseite dieses weltweiten Systems, wird unser Leben von Jahr zu Jahr unsicherer, und die soziale Spaltung nimmt zu. In den sogenannten “aufstrebenden Märkten” herrscht ohnehin eine permanente soziale Krise: Enteignung und skrupellose Ausbeutung mit staatlicher Rückendeckung, für ein nationales Wachstum, das nur Privilegierten zu Gute kommt. Die neoliberale Transformation der vergangenen Jahrzehnte hat auch die Finanzmärkte überkochen lassen. Ob DotCom-Boom, Immobilienfonds oder Derivatehandel – seit Jahren platzen die Spekulationsblasen, auf jeden Boom folgt ein Einbruch. Schuld daran sind nicht die vermeintliche Gier und Korruption einer kleinen Elite, wie viele glauben. Schuld ist die alltägliche Profitlogik, der wir alle unterworfen sind, ob wir wollen oder nicht.

Das EU-Regime knacken

2011 ist die europäische Schulden- und Währungskrise eskaliert. Einige Staaten stehen vor dem Bankrott, und gefährden damit den Euro. Vordergründig haben diese Staaten “über ihre Verhältnisse gelebt”. In Wahrheit haben auch sie nur versucht, über Schulden kapitalistisches Wachstum anzustoßen. Sie taten was alle tun, nur weniger erfolgreich. Ihre Unterstützung durch die Europäische Zentralbank (EZB) und neue, milliarden schwere “Rettungsfonds” sind an rücksichtslose Auflagen gebunden. Eine europäische “Schuldenbremse” soll “die Märkte beruhigen”, natürlich zu Lasten von Lohnabhängigen, Erwerbslosen und Menschen in Ausbildung. Private Profite werden dagegen nicht angetastet. Ähnlich ergeht es den ost- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten, die von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) zu umfassenden Kürzungen und Privatisierungsprogrammen genötigt werden. All das soll das krisenträchtige Wettbewerbsregime der EU schützen, und natürlich die Ansprüche der dominanten Ökonomien Kerneuropas: Die Regierungen Deutschlands und Frankreichs konnten ihre Interessen fast ungehindert durchsetzen, trotz eigener politischer Differenzen. Kein Zweifel, in vielen Ländern wurde heftig protestiert. Überall sind Basisinitiativen entstanden, um die eigene politische Ohnmacht zu überwinden. Doch bislang blieben selbst Massenstreiks erfolglos. Die großen nationalen Gewerkschaften stützten letztlich doch die Standortpolitik ihrer jeweiligen Staaten und

forderten allenfalls soziale Trostpflaster. Es gab keine effektive gewerkschaftliche Solidarität über Landesgrenzen hinweg. Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen wir selbst dafür sorgen.

Wir können das besser

Die europäische Krisenpolitik ist so spekulativ, wie es der Kapitalismus immer war. Denn schärferes Sparen gefährdet die ökonomische Stabilität genau so wie Wachstum auf Pump. Es gibt im Kapitalismus keinen sicheren Weg, nur permanentes Krisenmanagement. Sollen wir unser Leben dafür verschwenden? Besser wir kämpfen gemeinsam gegen das Diktat des Marktes, und organisieren uns endlich europaweit. Der Europäische Aktionstag am 31. März 2012 ist dafür ein erster Schritt. Gleichzeitige Demonstrationen in mehreren europäischen Staaten sind mehr als ein Zeichen antikapitalistischer Solidarität. Sie sind schon jetzt Teil einer europaweiten Diskussion und Vernetzung. Wir laden alle emanzipatorischen Initiativen ein, diesen Prozess mit zu gestalten. Wir müssen uns außerhalb der staatstragenden Institutionen organisieren, und einen langen Atem haben. Die Krise verläuft in unseren Ländern sehr unterschiedlich. Aber wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen den Kapitalismus nicht retten, sondern überwinden. Wir widersetzen uns nationaler Interessenpolitik und nationalistischer Krisenideologie. Der Kampf gegen den fortgesetzten Abbau sozialer Sicherheiten und Rechte ist wichtig, aber unsere Perspektive muss weiter sein. Wir müssen die fatalen Zwänge des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen brechen. "Echte Demokratie", wie sie in vielen Protesten gefordert wird, das geht nur ohne Kapitalismus!

!uassē nī nēh i ē seg i thē iw n i ē

Krasti am 29. Februar 2012 in Aktuell 0 Kommentare

Nachbetrachtung dessauerverhaeltnisse.blogspot.de

An unserer recht kurzfristig geplanten Demonstration am 25. Februar 2012 beteiligten sich gezählte 570 Antifaschist_innen und Antirassist_innen. Motto der Veranstaltung war: „Den rassistischen Konsens brechen – Dessauer Verhältnisse angreifen! Oupa Jalloh – das war Mord!“. Anlass waren u.a. jüngste Entwicklungen in der Migrationspolitik nach denen mensch aus unserer Sicht nicht umhinkommt, eine breite gesellschaftliche Zustimmung gegenüber rassistischen Tendenzen und Einstellungen.



Laut Mitteldeutschem Rundfunk [1] war die Stimmung „angespannt und aggressiv“. Die Wahrnehmungen des MDR, der unsere Demonstration gegen Alltagsrassismus bezeichnenderweise in die Sparte „Extremismus“ einordnet, kann an diesem Tag letzten Endes nicht einmal die Polizei bestätigen. Stimmungsvoll, lautstark, kämpferisch – aber friedlich verlief die gesamte Veranstaltung. Nachdem die als „Auseinandersetzungen“ bezeichneten Angriffe durch Polizeibeamt_innen auf die Gedenkdemonstration am 07. Januar 2012 in Dessau überregional starke Wellen geschlagen hatten, war für die

Polizeiführung diesmal klar, sich von Anfang an zurückhalten zu wollen und die nötigen Gespräche mit den Veranstaltungsleiter_innen betont freundlich zu gestalten. Wenn nun also davon gesprochen werden sollte, dass es wegen der deeskalierenden Strategie der Polizei ruhig geblieben ist, ist das zwar nur die halbe Wahrheit, aber es stimmt. Was passiert, wenn die Polizei eskalierend agiert, hat sich am 07. Januar eindrucksvoll gezeigt.

Noch einen fehlgeleiteten Einsatz mit Eskalationsstrategie wollte sich Polizeipräsident Schnieber sicher nicht so schnell anlasten lassen. Schließlich befasste sich infolge des Januar-Einsatzes der Innenausschuss des Landtages mit dem Sachverhalt, ein Abteilungsleiter aus der Polizeidirektion musste als Bauern-Opfer seinen Posten räumen und Schnieber seinerseits in Kauf nehmen, dass selbst der CDU-Innenminister öffentlich eine andere rechtliche Einschätzung zur freien Meinungsäußerung (bzgl.: „Oury Jalloh – das war Mord!“) vertrat.

Oberbürgermeister Klemens Koschig (parteilos) sorgte sich dieser Tage in Bezug auf den Aufruf zu unserer Demonstration: „Hier eskaliert eine Situation, die wir nicht aus der Mitte unserer Stadt zu verantworten haben, sondern die wird importiert durch gutmeinende Leute aus allen Ecken unseres Landes.“ [1] Einwohner_innen der Stadt würden zu Unrecht an den Pranger gestellt, so Koschig, der indes hofft, dass möglichst wenig über unsere Demonstration berichtet wird. Seine Analyse ist falsch – sowohl dazu, dass die Debatte nur von auswärts nach Dessau getragen würde, als auch dazu, dass vor Ort keine Verantwortung zu suchen sei. Er bewegt sich damit in einer fragwürdigen Imagepflege-Tradition. Seinem Amtsvorgänger Hans-Georg Otto (damals noch SPD) fiel nach dem Mord an Alberto Adriano im Juni 2000 nicht mehr ein, als über die Mörder zu sagen, dass diese „ja keine Dessauer“ wären.

Die Dessauer Polizei hatte in den letzten Jahren wiederholt mit diversen kleineren und größeren Skandalen auf sich aufmerksam gemacht. Der „Staatsschutz-Skandal“ beschäftigte gar einen extra eingerichteten Untersuchungsausschuss des Landtages.

Die regionale Neonaziszene macht einerseits mit der Etablierung ihres alljährlichen „Trauermarsches“, anlässlich der Bombardierung der Stadt am 07. März 1945, und andererseits mit Spitzenplätzen im landesweiten Ranking neonazistischer Gewalttaten von sich reden. Nach einem Messerangriff auf einen Dessauer Fußballspieler am 16. Januar 2012 ließen sich zweimal bis zu 400 Menschen zu Demonstrationen mobilisieren, die u.a. von Rechten und Neonazis organisiert wurden und bei denen sie lautstark den Ton angaben. Die nichtdeutsche Herkunft des mutmaßlichen Angreifers und die Forderung nach dessen Abschiebung bestimmen aktuell die Debatte um die Gewalttat in der Stadt. Angesichts von 1540 NPD-Wähler_innen (Zweitstimmen) bei der Landtagswahl 2011 muss mensch froh sein, wenn aus Faulheit und Verdruss nicht noch mehr Bürger_innen dem Volksmob aus Nazis, Hools und Alltagsrassist_innen folgten.

Das Dessauer „Netzwerk Gelebte Demokratie“ (NGD) zeigte sich zuletzt eher als Verfechter_in von Rechtsstaat und Stadt-Image denn als kritischer Problemanzeiger und Bündnis einer vielfältigen Zivilgesellschaft. Wo eine symbolische und friedliche Besetzung des Rathauses am 07. Februar 2012 durch das „Netzwerk Gelebte Demokratie“ (sic!) öffentlich als „Gewaltakt“ diffamiert wird, sind Debatten über zivilen Ungehorsam offensichtlich mehr als überfällig und das vorgebliche Sammelbecken einer regen Zivilgesellschaft zum Feigenblatt für reine Symbolpolitik und Imagepolitik verkommen. Das verwundert freilich kaum, denn was haben Verwaltung, Staatsanwaltschaft und Polizei, die sämtlichst mit am Tisch sitzen – so gutmeinend die einzelnen Personen auch sein mögen – eigentlich mit Zivilgesellschaft zu tun? Um nicht falsch verstanden zu werden: Auch innerhalb des NGD gibt es Menschen, die diese Zustände – mehr oder weniger heftig – kritisieren, und mit denen wir gern zusammenarbeiten! Nicht zu vergessen einige Leute, die aus diesen oder ähnlichen Gründen nicht im NGD mitwirken.

Ein übereinkommendes Agieren gegen den anstehenden Neonaziaufmarsch am 10. März 2012 schloss sich, auch nach den Erfahrungen aus den Aktivitäten gegen die Aufmärsche der letzten Jahre, aus unserer Sicht letztlich aus. Wer sich als alleiniger, tonangebender Akteur aufspielt und das individuelle Handeln Anderer für Aufklärung und Transparenz diskreditiert, braucht nicht auf unsere Unterstützung zählen, wenn es darum geht, ‚die eigene Stadt gegen die bösen Nazis zu verteidigen‘. Die Entscheidung, in diesem Jahr den Protest gegen Neonazis in Dessau nicht mit eigenen Planungen und Aufrufen zu bereichern, fiel uns sehr schwer. Die Notwendigkeit eines deutlichen Zeichens in Richtung NGD hat dies jedoch erforderlich gemacht. Wer am 10. März 2012 dennoch in Dessau gegen Neonazis aktiv werden will, soll sich von unserer Entscheidung nicht davon abhalten lassen. Wir wünschen dabei Jeder und Jedem viel Erfolg!

Die Entwicklungen vor Ort waren auch Inhalt mehrerer Redebeiträge während der Demonstration am 25. Februar 2012. Diese widmeten sich zum Beispiel den Übergriffen und Morden durch Neonazis, die rückblickend in Dessau zu verzeichnen sind. Weiterhin wurde die Debatte um den so genannten „Extremismus“-Begriff und die damit einhergehenden Vorurteile gegen linke und antifaschistische Strukturen thematisiert.

Die Initiative „in Gedenken an Oury Jalloh“ informierte über den Fall und den aktuell laufenden Prozess in Magdeburg. Die Initiative „Aufklärung und Transparenz“ ließ die Rathausbesetzung zu Dessau als öffentlichkeitswirksame Aktion Revue passieren. Und aus unserer Feder wurde Teilnehmer_innen und Passant_innen eine Einschätzung zur lokalen Zivilgesellschaft, und was in Dessau dafür gehalten wird, vermittelt.

Sehr bewegend war für uns (und offensichtlich auch für einzelne Polizeibeamte) außerdem die Teilnahme der Mutter und des Halbbruders von Oury Jalloh an unserer Demonstration. Als wir gemeinsam das Dessauer Polizeirevier erreichten, wo Oury am 07. Januar 2005 unter bis heute ungeklärten Umständen umkam und, an Händen und Füßen gefesselt, in Zelle Fünf verbrannte, gedachten Beide auf den Treppenstufen ihres toten Sohnes und Bruders.

Insgesamt war die Demonstration ein kraftvolles und wichtiges Zeichen, das wir gemeinsam in Dessau setzen konnten. Wir bedanken uns bei allen, die da waren und uns unterstützt haben!

Zuletzt geschrieben

[Rassistische Gewalt in Mücheln /...](#)
[Europäischer Aktionstag gegen den...](#)
[Ein wichtiges Zeichen in Dessau!](#)
[Anna und Arthur-Wöchen in Halle](#)
[Oury Jalloh das war Mord! - wird...](#)
[Den rassistischen Konsens brechen,...](#)
[Nachbetrachtungen der Initiative...](#)
[Newsletter Dresden Nazifrei +++...](#)
[Nach Oury Jalloh Demo](#)
[Antirepressionsdemo am 21.01 in Bad...](#)

Indymedia newswire

[Suhl: Freispruch für Flüchtlingsaktivist](#)
[DD 2011: Hausdurchsuchung in Berlin](#)
[\[Kolumbien\] Ist Frieden möglich?](#)
[Unerlaubte Gewahrsamnahme in Dessau](#)
[Do: Proteste gegen Nazikundgebung](#)
[\[D\] Antirassistische Demonstration am 14. April](#)
[Prozess um NPD Plakat in Demmin](#)
[Buxtehude/ 17.3. Antifa Demo](#)
[M31 Mobi in Hamburg und die AVV](#)
[Duisburg - Ahaus Atommülltransporte stoppen](#)

Archive

[März 2012](#)
[Februar 2012](#)
[Januar 2012](#)
[Dezember 2011](#)
[November 2011](#)
[Oktober 2011](#)
[September 2011](#)
[August 2011](#)
[Juli 2011](#)
[Juni 2011](#)
[Mai 2011](#)

Buttons

